

DSTG

4 | 2026

Das Magazin für die
Deutsche Steuer-Gewerkschaft.

steuer

magazin

**31,3 MILLIARDEN EURO
STEUERSCHADEN PRO JAHR**

BMF: „Es liegen keine Kenntnisse zur nationalen Umsatzsteuerlücke in Deutschland vor.“
S. 14

Koalitionsvertrag



EIN JAHR NACH DEM KOALITIONSVERTRAG

**I Gute Ideen.
Zu wenig Tempo.**

4 | 2026

DER STEUERSTAAT IST DIE DEMOKRATIE

Liebe Leserin, liebe Leser,

Demokratie lebt von Wahlen, Debatten und klaren Mehrheiten. Aber sie lebt auch von etwas viel Nüchtererem: von einem Staat, der handlungsfähig ist. Funktionierende Gerichte, Schulen, Infrastruktur, Sicherheit und soziale Leistungen setzen voraus, dass der Staat seine Einnahmen zuverlässig sichern kann. Genau deshalb ist der Steuerstaat kein Nebenschauplatz. Er ist ein Kern der Demokratie.

Ich finde, wir reden in Deutschland zu oft über den Staat, als wäre er vor allem eine politische Bühne. Für mich ist er zuerst ein Leistungsversprechen. Er muss Recht durchsetzen, Verfahren beherrschbar machen und die Ehrlichen schützen. Genau daran entscheidet sich Steuergerechtigkeit.

Denn Steuergerechtigkeit ist keine abstrakte Formel. Sie beginnt mit einer einfachen Erwartung: Wer seine Pflichten erfüllt, darf nicht am Ende der Dumme sein. Wenn Beschäftigte, Rentnerinnen und Rentner sowie Unternehmen verlässlich ihren Beitrag leisten, dann muss der Staat umgekehrt alles daransetzen, Steuerbetrug wirksam zu begrenzen und Vollzugslücken zu schließen.

Gerade hier liegt aktuell eine entscheidende Bewährungsprobe. Die Debatte über die Umsatzsteuerlücke zeigt, wie groß der Handlungsdruck ist. Ich halte es deshalb für richtig, dass wir nicht nur über Defizite sprechen, sondern über Lösungen. Der Staat darf sich bei diesem Thema nicht mit Zuständigkeitsfragen beschäftigen oder langsamen Routinen zufriedengeben. Er muss erkennbar den Willen haben, besser zu werden.

Das Bundesministerium der Finanzen steht dabei in besonderer Verantwortung. Nicht als alleiniger Adressat aller Probleme, wohl aber als Ort, an dem Führung, Prioritäten und Richtung sichtbar werden müssen. Ich sage das bewusst konstruktiv: Wir brauchen keinen Alarmismus, aber wir brauchen mehr Entschlossenheit.



© Philipp Arnoldt

Wer Steuergerechtigkeit stärken will, muss die Steuerverwaltung modernisieren – technisch, organisatorisch und rechtlich.

Für mich ist das auch eine Frage des Respekts gegenüber den Beschäftigten. Unsere Kolleginnen und Kollegen tragen jeden Tag dazu bei, dass dieser Staat funktioniert. Sie haben ein Recht auf Verfahren und Werkzeuge, die ihrer Verantwortung gerecht werden. Eine leistungsfähige Steuerverwaltung entlastet die Ehrlichen, stärkt das Vertrauen in den Rechtsstaat und sichert die Handlungsfähigkeit unserer Demokratie.

Deshalb bleibt für mich der Maßstab eindeutig klar und verbindlich: Ein starker Steuerstaat ist kein Selbstzweck. Er schützt die Fairness. Er schützt das Gemeinwesen. Und er schützt am Ende die Demokratie selbst.

Mit kollegialen Grüßen

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Florian Köbler'. The signature is fluid and cursive.

Florian Köbler,
Bundesvorsitzender